

Wienert, Helmut

**Article — Digitized Version**

## Ein Ende der Krise ist nicht in Sicht: Stahlkrise

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Wienert, Helmut (1983) : Ein Ende der Krise ist nicht in Sicht: Stahlkrise, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 2, pp. 72-75

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135766>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## STAHLKRISE

### Ein Ende der Krise ist nicht in Sicht

Helmut Wienert, Essen

**Die europäische Stahlkrise ruft immer drängender nach Lösungen. Mit den nicht unumstrittenen Vorschlägen der „Stahlmoderatoren“ liegt nun ein Konzept der Stahlindustrie für die Bundesrepublik vor. Seine Realisierungschancen sind gegenwärtig noch nicht abzuschätzen. Wie kam es zur Stahlkrise? Ist eine schnelle Gesundung der Stahlindustrie zu erwarten?**

Die einst blühende Stahlindustrie in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft befindet sich seit 1975 in einer schweren Krise. Voll betroffen ist davon auch die Stahlindustrie in der Bundesrepublik Deutschland: Ihre Rohstahlerzeugung hatte im Jahre 1974 mit 53 Mill. t ihren Höhepunkt erreicht. Im Jahre 1982 wurden dagegen nur noch 36 Mill. t erschmolzen, was bei betriebsbereiten Kapazitäten von 68 Mill. t<sup>1</sup> einer Auslastung der Anlagen von nur 53 % entspricht.

Die Ursachen der Stahlkrise in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft reichen bis weit in die sechziger Jahre zurück. Das inflationsgetriebene gesamtwirtschaftliche Wachstum jener Dekade – im Durchschnitt der westlichen Industrieländer wuchs das Sozialprodukt um jahresdurchschnittlich 5 % – drückte den Stahlverbrauch kräftig in die Höhe und regten den Bau immer neuer Stahlwerke an. Der Stahlbedarf schien grenzenlos zu sein, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft hatte er um jährlich 4½ %, in der Welt sogar um 6 % zugenommen. Die schwere Krise der Stahlmärkte in den Jahren 1971/72 war zwar ein erstes Warnzeichen ge-

gen die Fortschreibung solcher Zuwächse, der Inflations- und Stahlboom der Jahre 1973/74 – im Rückblick die Schaumkrone der sich brechenden Welle – ließ jedoch aufkeimende Befürchtungen rasch vergessen.

#### Verlust an Wettbewerbsfähigkeit

Aber nicht nur der künftige Stahlbedarf wurde falsch eingeschätzt, auch die Veränderungen der Wettbewerbsfähigkeit wurden nicht ausreichend klar erkannt. In den fünfziger Jahren war die Stahlindustrie in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zum führenden Stahllieferanten der übrigen Welt herangewachsen<sup>2</sup>. Diese Position wurde zwar im Verlauf der sechziger Jahre mehr und mehr erschüttert und schließlich von den aufstrebenden Stahlunternehmen in Japan übernommen<sup>3</sup>. Die Stahlwerke in der Europäischen Gemeinschaft wollten aber durch Investitionen im Stile der japanischen Konkurrenten gehalten. Blütenträume von riesigen Stahlwerken mit einer Kapazität von 15 Mill. Jahrestonnen – die alten integrierten Werke erreichten nur 2 bis 4 Mill. t – an den Küsten Europas<sup>4</sup> beherrschten die Vorstellungen. Der sich abzeichnenden Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit von integrierten Großstahlwerken in hochindustrialisierten Ländern wurde, beeindruckt von der technischen Produktivität der modernen Großaggregate<sup>5</sup>, wenig Beachtung geschenkt.

<sup>1</sup> Die Angaben der Stahlindustrie scheinen jedoch übertrieben zu sein; selbst im Stahlboom des Jahres 1974 hatte sich nur eine Auslastung von 88 % ergeben. Der Grund für überhöhte Kapazitätsangaben dürfte in Befürchtungen der Stahlwerke zu suchen sein, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen an Kapazitätsanteile gebunden werden könnten.

<sup>2</sup> Im Durchschnitt der fünfziger Jahre erzielten die Länder der Europäischen Gemeinschaft einen Stahlausfuhrüberschuß von 12 Mill. t, Nordamerika einen von 3 Mill. t, Japan einen von 1 Mill. t, alle anderen Regionen waren Nettoimporteure.

<sup>3</sup> Der Aufstieg Japans zum führenden Stahlhersteller vollzog sich vor dem Hintergrund der raschen Industrialisierung des Landes in einem atemberaubenden Tempo. Von 1950 bis 1970 verdoppelten sich Stahlbedarf und -erzeugung alle fünf Jahre. Der Stahlexportüberschuß des Landes stieg von 2 ½ Mill. t im Jahre 1960 auf 23 ½ Mill. t im Jahre 1970, der der Länder der Europäischen Gemeinschaft stagnierte dagegen bei 15 Mill. t.

---

*Helmut Wienert, 34, Dipl.-Volkswirt, ist Referent für Eisen und Stahl im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen.*

Die Vorteile bei der Stahlherstellung in Japan beruhen nicht nur auf dem Einsatz hochproduktiver Großtechnologie und Organisation der Rohstoffbeschaffung. Sie ergaben sich auch aus niedrigen Lohnkosten und einem im Zuge der rasch fortschreitenden Industrialisierung mehr als doppelt so schnell wie in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft wachsenden inneren Stahlverbrauch. Deshalb konnte der Wettbewerbsvorsprung Japans durch Großinvestitionen in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft zwar verringert, nicht aber eingeholt werden.

Solche Vorteile waren zudem nicht auf Japan beschränkt, sondern stellten sich zunehmend auch in einer Reihe von neuen, aufstrebenden Industrie- und Entwicklungsländern ein, die zuvor Stahl aus Europa bezogen hatten und nun in rascher Folge zur eigenen Stahlerzeugung übergingen<sup>6</sup>. Zu alledem entstand den integrierten „Riesen“ auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine überlegene Konkurrenz – die flexibleren „Mini-Stahlwerke“ machten ihnen im Bereich der „leichten Profile“ erfolgreich den Markt streitig<sup>7</sup>.

### Riesige Überkapazitäten

Mit der Krise im Jahre 1975 begann der Kreuzweg der Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft. Die Rohstahlerzeugung in der Welt brach um 9 %, die in der Europäischen Gemeinschaft um 19 % und die in der Bundesrepublik sogar um 24 % ein.

Was zunächst nur ein zyklischer Abschwung zu sein schien, erwies sich immer mehr als Dauerzustand:

- Der Stahlverbrauch in der Gemeinschaft stagniert, ja geht sogar zurück.
- Die Exportmärkte wuchsen nur wenig und werden härter als je zuvor umkämpft.

Kräftiges Wachstum gab es allein bei der Kapazität, denn wegen der langen Ausreifzeit von Investitionen in der Stahlindustrie hatten die im Stahlboom der Jahre 1973/74 beschlossenen Expansionsvorhaben noch mehrere Jahre lang Kapazitätserweiterungen zur Fol-

<sup>4</sup> Ein Beispiel dafür ist Fos-Sur-Mer bei Marseille. Ende der sechziger Jahre geplant, wurden die Anlagen der ersten Baustufe Anfang der siebziger Jahre in Betrieb genommen, die geplante Endgröße von 8 Mill. t wurde jedoch nicht erreicht.

<sup>5</sup> Die Tagesleistung moderner Hochöfen stieg von rund 2000 t Roheisen im Jahre 1960 auf mehr als 10 000 t Anfang der siebziger Jahre.

<sup>6</sup> Von 1960 bis 1970 erhöhte sich die Zahl der Länder, in denen Rohstahl erzeugt wird, um nur 6 auf 54, bis 1980 stieg sie dagegen um 36 auf 90.

<sup>7</sup> Diese Werke arbeiten meist auf der Basis eines regionalen Schrottaufkommens mit Elektroöfen und nachgeschalteter Stranggußanlage und Walzstraße. Überschaubare Größe, geringe Investitionskosten, rascher Kapitalrücklauf und hohe Marktflexibilität machen diese Werke insbesondere in Zeiten der Baisse mit niedrigen Schrottpreisen wettbewerbsüberlegen.

ge, zumal der nachhaltige Wandel zunächst nicht gesehen und erst Ende der siebziger Jahre eindeutig erkannt wurde<sup>8</sup>.

Von 1970 bis 1980 wuchs die Stahlkapazität in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft von knapp 160 Mill. t auf reichlich 200 Mill. t. Der innere Stahlverbrauch fiel dagegen um 20 Mill. t auf rund 100 Mill. t zurück. Der Export ließ sich trotz erheblicher Preiszugeständnisse kaum steigern, obwohl der Stahlbedarf in den jungen Industrie- und Entwicklungsländern – anders als in den hochindustrialisierten Ländern – auch in den siebziger Jahren kräftig wuchs.

Faßt man die Länder Lateinamerikas, Afrikas, des Mittleren und Fernen Ostens (ohne Japan und die Volksrepublik China) zusammen, so stieg deren Stahlbedarf von knapp 40 Mill. t im Jahre 1970 um jahresdurchschnittlich 8½ % auf 90 Mill. t im Jahre 1980. Dieser Anstieg wurde jedoch fast vollständig aus eigener Erzeugung gedeckt. Die Rohstahlerzeugung in diesen Ländern wuchs von 20 Mill. t um jahresdurchschnittlich 11½ % auf fast 60 Mill. t, ihr Anteil an der Erzeugung in der Welt erhöhte sich von 3,5 auf 8 %<sup>9</sup>.

Der Anteil der Erzeugung in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft an der Weltproduktion fiel dagegen im gleichen Zeitraum von 23 auf 18 %. Der Produktionshöchststand im Jahre 1974 – damals wurden 155 Mill. t Rohstahl erschmolzen – ist seitdem auch nicht annähernd wieder erreicht worden, die Kapazitätsauslastung war seit 1975 nie höher als 70 %.

### Versäumte Anpassung

Eine solche hartnäckige Unterauslastung ist selbst für die in langen Zeiträumen planende Stahlindustrie ungewöhnlich; die erforderliche Anpassung der Kapazität an die verringerte Nachfrage ist dennoch bisher nicht erfolgt.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie hängen einerseits eng mit der immer mehr um sich greifenden regional- und arbeitsmarktpolitisch begründeten staatlichen Subventionierung der Stahlindustrie<sup>10</sup>, andererseits aber auch damit zusammen, daß die integrierten Hüttenwerke zum Sterben zu groß, zur Anpassung innerhalb be-

<sup>8</sup> Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft rechnete in einer Veröffentlichung des Jahres 1976 noch mit einem jahresdurchschnittlichen Wachstum des Stahlverbrauchs in der Europäischen Gemeinschaft in der Dekade 1970 bis 1980 um 3 %, so daß für 1980 ein Verbrauch von 150 Mill. t geschätzt wurde – 40 Mill. t mehr, als er tatsächlich betrug. Diese Fehlerspanne entspricht etwa einer Produktion von fünf bis acht integrierten Hüttenwerken.

<sup>9</sup> Der Zuwachs konzentriert sich auf wenige Länder; so steigerte Brasilien die Rohstahlerzeugung von 5 ½ auf 15 ½ Mill. t, Süd-Korea von ½ auf 8 ½ Mill. t. Zwei Jahre später (1982) wurden in Süd-Korea schon 12 Mill. t erzeugt.

stehender Unternehmen aber zu klein sind. Daher wurden vermutlich in der – vergeblichen – Hoffnung auf das Ausscheiden von Konkurrenten jahrelang Verluste hingenommen<sup>11</sup>.

### In der Sackgasse

Das von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft – sie ist nach dem Montanunion-Vertrag von 1951 für die Stahlpolitik zuständig – seit 1977 verfolgte Ziel der „Restrukturierung“ sah zunächst eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ohne einschneidenden Kapazitätsabbau vor. Im Laufe der Jahre erwuchs daraus jedoch ein immer dichter werdendes Geflecht von Preis-, Produktions- und Handelsüberwachungen. Zudem begannen in vielen Ländern immer stärker Erhaltungssubventionen für die Stahlunternehmen – nach dem Montanunion-Vertrag sind sie ausdrücklich verboten – zu wuchern, so daß die nicht begünstigten Unternehmen zunehmend in Schwierigkeiten gerieten.

Der Weg, nur die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, erwies sich wegen der hartnäckigen Schwäche der Nachfrage inzwischen als Sackgasse. Nun soll der zuvor versäumte Abbau von Kapazitäten in einem Parfor-

<sup>10</sup> Die deutsche Stahlindustrie errechnete z. B. eine Subventionierung der Stahlindustrie der übrigen Länder der Europäischen Gemeinschaft von insgesamt 60 bis 70 Mrd. DM. Solche Rechnungen bleiben jedoch stets fragwürdig, da einerseits der größte Teil der Subventionen nicht eindeutig deklariert ist, andererseits aber auch zu beachten ist, daß viele Zahlungen nur politische Belastungen ausgleichen.

ce-Ritt bis 1985 nachgeholt werden<sup>12</sup>, und zwar ohne daß das Ziel der „Opfergleichheit“ zwischen den einzelnen Stahlunternehmen der Länder der Europäischen Gemeinschaft aufgegeben wird, das auf den unterschiedlichen Stand der Produktivität nur wenig Rücksicht nimmt.

Auch die Bundesregierung hatte der um sich greifenden Subventionierung der Stahlunternehmen in den anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft lange Zeit nur unzureichenden Widerstand entgegengesetzt, wohl in der Hoffnung, die im Schnitt produktiveren deutschen Unternehmen würden im Wettbewerb mit den staatlich subventionierten mithalten können. Doch diese Hoffnung trog: Die subventionierten Konkurrenten in den anderen Ländern haben ihre Betriebe inzwischen mit Staatshilfe zum Teil erheblich modernisiert, während die Werke in der Bundesrepublik die dafür notwendige Substanz verloren und inzwischen selbst auf Sub-

<sup>11</sup> Die Bereitschaft zur Hinnahme von Verlusten erklärt sich vor allem aus der Größe der in nicht anders verwendbaren Anlagen gebundenen Mittel, die anderenfalls voll als Verlust abzuschreiben wären. Dies macht auch einen Teil der Fähigkeit aus, solche Verluste zu tragen, da notwendige Erhaltungsinvestitionen vorübergehend über mehrere Jahre vernachlässigt werden können. Andererseits können bei diversifizierten Unternehmen Verluste im Stahlbereich auch durch Gewinne in anderen Tätigkeitsfeldern abgedeckt werden. Hier liegt auch eine der Wurzeln für die vielbeklagte „ruinöse“ Konkurrenz, das Verkaufen unter Vollkosten.

<sup>12</sup> Die aktuellen Schätzungen der Kommission gehen von einem Kapazitätsüberhang im Jahre 1985 von rund 50 Mill. t aus, was die Kommission selbst als „unhaltbaren Zustand“ bezeichnet.

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG**  
**NEUERSCHEINUNG**

Erwin W. Herl

**BESTIMMUNGSGRÜNDE KURZFRISTIGER  
 WECHSELKURSFLUKTUATIONEN**

Die vorliegende Studie, die an der Universität Basel entstand, enthält eine ausführliche und klare Beschreibung der zentralen Fragestellungen der jüngeren theoretischen und empirischen Wechselkursforschung. Sie kommt im Hinblick auf die Theorie effizienter Märkte, unter Verwendung zum Teil neuer statistischer Methoden, zu wichtigen empirischen Ergebnissen, die auch für die zukünftige Forschung von Interesse sein dürften. Dabei wird insbesondere die Rolle der Erwartungen in der Wechselkursbildung berücksichtigt. Die empirischen Untersuchungen werden für den Kurs des Schweizer Franken gegenüber D-Mark, Dollar, französischem Franc, Pfund und Lira auf der Basis von Tages-, Wochen- und Monatswerten durchgeführt.

Großoktav, 312 Seiten, 1982, brosch. DM 58,-

ISBN 3-87895-225-2

**V E R L A G   W E L T A R C H I V   G M B H   -   H A M B U R G**

ventionen angewiesen sind<sup>13</sup>, so daß sich nun das Ende 1981 auf Druck der Bundesregierung erreichte Verbot von Subventionen<sup>14</sup> in fast tragischer Weise gegen sie und die Stahlindustrie in der Bundesrepublik kehrt.

### Zukunftsaussichten

Als Anbieter auf den Weltmärkten wird die Stahlindustrie in der Europäischen Gemeinschaft auch künftig weiter an Boden verlieren. Für die Herstellung von Massenstahl wird wenig hochqualifizierte Arbeit benötigt, so daß junge Industrieländer, in denen der Stahlverbrauch mit der Industrialisierung rasch wächst und in denen die Arbeitskosten niedriger als in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft sind, zu einem überlegenen Produktionsstandort werden, zumal dort die Bezugs- und Absatzwege häufig günstiger sind als hier<sup>15</sup>. Der nach wie vor beträchtliche Stahlausfuhrüberschuß der Länder der Europäischen Gemeinschaft wird sich also künftig wohl vermindern.

Die Erzeugung hängt daher weniger von der Entwicklung des Stahlverbrauchs in der Welt, als vielmehr vom Verbrauch in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft selbst ab. Bei Fortdauer des niedrigen gesamtwirtschaftlichen Wachstums ist ein weiterer Rückgang des Stahlverbrauchs vorgezeichnet, denn in hochindustrialisierten Ländern wächst der Stahlverbrauch nur bei einem gesamtwirtschaftlichen Wachstum von mehr als 3 bis 4 % pro Jahr. Solche Zuwachsraten gelten für die nächsten Jahre als unwahrscheinlich, so daß ein Herinwachsen der Nachfrage in die bestehenden Kapazitäten nicht zu erwarten steht.

Ein weiteres Aufrechterhalten der Kapazität würde vermutlich rasch wachsende staatliche Subventionen erfordern und damit Mittel binden, die in anderen Bereichen wachstumsgerechter angelegt werden könnten, zumal die komparativen Vorteile der Länder der Europäischen Gemeinschaft sicher nicht bei der Herstellung von Stahl liegen. Es bleibt also nur ein rascher Abbau der Überkapazitäten. Über das Wieviel, Wo und Wie gehen die Meinungen auseinander, hier sind vor allem die Stahlunternehmen selbst gefordert.

### Der Vorschlag der „Stahlmoderatoren“

Der Stahlbedarf in der Bundesrepublik Deutschland dürfte in den achtziger Jahren im Jahresdurchschnitt bei rund 35 Mill. t Rohstahlgewicht liegen; unterstellt man einen geringen Ausfuhrüberschuß, so dürfte die Rohstahlerzeugung bei 35 bis 40 Mill. Jahrestonnen liegen.

<sup>13</sup> Erhebliche Unterstützung erhielten bisher vor allem die Saalhütten.

<sup>14</sup> Beihilfen sind nur noch bis zum 31. Dezember 1985 erlaubt, sofern sie mit Umstrukturierungsaufgaben verbunden und spätestens bis zum 1. Juli 1983 genehmigt sind.

Dies würde einen Abbau der gegenwärtig mit 69 Mill. t angegebenen Kapazität um rund 20 Mill. t oder 30 % auf 45 bis 50 Mill. t erfordern.

Innerhalb dieses Rahmens sind erhebliche Umgruppierungen, Stilllegungen und Modernisierungen der verschiedensten Produktionsanlagen unvermeidlich. Da die Rationalisierungsmöglichkeiten in den bestehenden Unternehmen weitgehend ausgeschöpft sind, kommen dafür nur unternehmensübergreifende Lösungen in Frage. Mit den Vorschlägen der „Stahlmoderatoren“ liegt inzwischen ein Konzept vor<sup>16</sup>. Die deutsche Stahlindustrie soll danach künftig nur noch zwei Gruppen umfassen:

- Thyssen/Krupp
- Hoesch/Klöckner/Salzgitter

Wieweit sich die zerstrittenen Unternehmen schließlich diese Vorschläge zu eigen machen, wird sich in den nächsten Wochen zeigen, wieweit die mit den Vorschlägen verbundenen Hoffnungen auf eine nachhaltige Gesundung der Stahlindustrie berechtigt sind, wird die Entwicklung in den nächsten Jahren lehren<sup>17</sup>.

Wie auch immer die künftige Struktur der deutschen Stahlindustrie aussehen wird – für die gegenwärtig bestehenden sechs integrierten Unternehmen mit vollständigem Produktionsprogramm ist der Markt zu eng. Es wird also eine Konzentration erfolgen müssen, bei der sich die Produktionspalette noch stärker als bisher zu anspruchsvollen Erzeugnissen verschieben wird. Dies alles wird mit erheblichen Verlusten an Arbeitsplätzen verbunden sein. Von 1970 bis 1980 verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in der Eisenschaffenden Industrie der Bundesrepublik Deutschland um 85 000 auf 288 000, bis Ende 1982 verloren weitere 33 000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz. Mitte der achtziger Jahre werden vermutlich nur noch 200 000 Beschäftigte in der Stahlindustrie arbeiten. Diesen Prozeß durch staatliche Subventionen verlangsamen zu wollen, erscheint wenig aussichtsreich. Weitaus besser, als Arbeitsplätze mit staatlichen Subventionen in der Stahlindustrie gegen den Markt zu halten, wäre es, die Mittel zur Förderung eines gesamtwirtschaftlichen Wachstums einzusetzen, bei dem in anderen Bereichen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden.

<sup>15</sup> Zur Standortfrage der Stahlindustrie in den hochindustrialisierten Ländern vgl. F. Wolter: Strukturelle Anpassungsprobleme der westdeutschen Stahlindustrie (Kieler Studien 127), Tübingen 1974.

<sup>16</sup> Die Bestellung von „Moderatoren“ wirft ein Licht auf die Schwierigkeiten, zu unternehmensübergreifenden Lösungen zu kommen. Auch der späte Zeitpunkt der Vorlage eines schon seit Jahren erforderlichen Konzepts zeigt die Schärfe der Interessengegensätze.

<sup>17</sup> So wird sich z. B. erst zeigen müssen, ob die Gruppen wie beabsichtigt „gleichgewichtig“ und ohne dauerhafte staatliche Unterstützung existenzfähig sind.